

***Fragen, die die Menschen im
Martinsviertel bewegen und
die **Antworten*** der Parteien***



Die geplante Bebauung im Bürgerpark

Geplante Bebauung des ehemaligen Messplatzes

Wohnungsnot - nicht nur im Martinsviertel

Lücken bei der Kinderbetreuung im Martinsviertel

*aus Platzgründen in stark gekürzter Form - Der genaue Wortlaut
aller Antworten zu unseren Fragen im Internet - www.bvm-da.de

Antworten der Parteien zur Info-Veranstaltung des BVM und der BI Pro Bürgerpark am 25.02.2026

Frage 1 zum Bebauungsplan N 8.4.4 Kastanienallee/Elfeicher Weg im Hinblick auf die politische Unterstützung des gerichtlichen Vorgehens des BVM:

Viele Fakten zu diesem Bebauungsplan sind erst nach dessen Verabschiedung bekannt geworden. In der Folge lehnt die Bevölkerung gerade des Martinsviertels diesen Bebauungsplan in großer Zahl ab.

Unterstützen Sie vor diesem Hintergrund den Normenkontrollantrag des BVM?

Die Haltung der Parteien:

CDU, FDP, Grüne und Volt lehnen eine Unterstützung des Vorgehens des BVM ab. Die FDP und die Grünen verweisen darauf, dass es ein rechtsstaatliches Prinzip sei, dass Betroffene sich gegen einen Bebauungsplan wehren können, dass sie jedoch die Positionen des BVM nicht teilen.

Einen Sonderfall stellt die Partei Volt dar, die eine Unterstützung des BVM klar ablehnt, obwohl sie sich auf der anderen Seite vehement gegen die Ausweisung weiterer Einfamilienhausgebiete ausspricht. Ihre Auffassung, dass es das Vertrauen in die Demokratie untergrabe, wenn demokratisch gefasste Entschlüsse im Nachhinein blockiert werden, ist unschlüssig. Wäre das so, hätten wir heute die Schneise der Osttangente quer durch das Martinsviertel verlaufen.

Auch die AfD stellt mit ihrer Haltung einen Sonderfall dar, nachdem sie einerseits das Vorgehen des BVM unterstützt, obwohl auf der Bebauungsplan auf der anderen Seite voll und ganz ihren sonstigen Forderungen nachkommt im Hinblick auf den deutschen Einfamilienhausraum als Aufstiegsversprechen für gute deutsche Familien und vollerwerbstätige Fachkräfte.

Freien Wähler, DA Gemeinsam, Linke, SPD, Tierschutzpartei, Uffbasse und WGD unterstützen den Widerstand des BVM gegen das Bauvorhaben, wobei DA Gemeinsam dies dahingehend einschränkt, dass eben juristisch geklärt werden müsse, welche der beiden Seiten Recht hat.



Frage 2 zum Bebauungsplan N 8.4.4 Kastanienallee/Elfeicher Weg im Hinblick auf die Chancen einer Abkürzung des Verfahrens durch einen Grundstückstausch:

Klarheit darüber, ob dieser Bebauungsplan rechtswidrig ist, wird erst die für Ende dieses Jahres erwartete Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel bringen.

Wie stellen Sie sich zu der Idee, das Verfahren abzukürzen, indem man den Investoren schon nach der Kommunalwahl einen „Flächentausch“ anbietet? So hätten die Investoren nicht mehr das Risiko eines Totalverlusts und die Stadt könnte das bisherige Planungsreal in die öffentlich zugänglichen Bürgerparkflächen integrieren.

Die Haltung der Parteien:

CDU, FDP, Grüne und Volt lehnen ein derartiges Tauschangebot ab – Volt mit Verweis auf die Planungssicherheit, CDU, FDP und Grüne mit Verweis auf das Privateigentum an dem Gelände. FDP und Grüne behaupten zudem, dass überhaupt keine Tauschfläche zur Verfügung stünde.

Sowohl die AfD als auch die Freien Wähler, DA Gemeinsam, die SPD, die Tierschutzpartei, Uffbasse und WGD halten einen derartigen Flächentausch für eine interessante Idee. Uffbasse verweist allerdings auf die Flächenknappheit und die Frage der Gleichwertigkeit und hält auch grundsätzlich nichts davon, ein laufendes Gerichtsverfahren auf diese Weise abzukürzen. Die SPD hingegen hat sogar einige Flächen im Auge, auch wenn diese ggf. im Nutzungskonflikt mit landschaftspflegerischen Zielen stehen könnten.

Frage 3 zum Bebauungsplan N 8.4.4 Kastanienallee/Elfeicher Weg im Hinblick auf den weiteren Umgang mit dem Flächennutzungsplan:

Sollte, falls der Bebauungsplan durch den Verwaltungsgerichtshof für null und nichtig erklärt wird, nicht auch der Flächennutzungsplan umgehend wieder zurückgeführt werden im Hinblick auf eine Nutzung des Geländes im Rahmen des Bürgerparkkonzepts?

Die Haltung der Parteien:

CDU, Grüne und Volt vertreten die Auffassung, dass über eine bau- und planungsrechtlich korrekte Reaktion auf eine Gerichtsentscheidung erst nach Vorliegen und sorgfältiger Auswertung des Urteilstextes entschieden werden könne.

Aus Sicht der FDP sollte eine neuerliche Änderung der planungsrechtlichen Grundlagen erst im konkreten Zusammenhang mit der dann feststehenden Flächennutzung erfolgen.

AfD, Freie Wähler, DA Gemeinsam, Linke, SPD, Tierschutzpartei, Uffbasse und WGD sind der Auffassung, dass unter diesen Bedingungen auch der Flächennutzungsplan zurückgefahren werden solle im Hinblick auf eine Integration des Geländes in den Bürgerpark.

Frage 4 zur geplanten Bebauung am Messplatz im Hinblick auf den „Stillstand“:

Der Darmstädter Messplatz wurde im Jahr 2019 an eine Tochtergesellschaft der Bauverein AG verkauft mit dem Ziel, auf diesem Areal eine Wohnbebauung mit ca. 560 Wohnungen und damit für ca. 1.000 Einwohner zu errichten. Seitdem rührte sich hier jedoch gar nichts!

Wie stellen Sie sich zu der Frage, ob es in Zeiten akuter Wohnungsnot wirklich vertretbar ist, dass ein städtisches Wohnungsbaunehmen ein derart großes Areal unbebaut belässt?

Die Haltung der Parteien:

Keine Antwort von der AfD, da ihr Informationen zu diesem Thema angeblich vorenthalten werden.

CDU, FDP, Grüne und Volt sprechen sie sich für eine Wohnbebauung gemäß der vorliegenden Planung des Büros Planquadrat aus. CDU, FDP und Volt sehen als einzigen Grund für das „Nichtstun“ das Aufeinandertreffen unterschiedlicher politischer Parteien und die durch den OB entfesselte Wachstumsdebatte.

Die Freien Wähler halten, nachdem der Messplatz in seinem jetzigen Zustand nicht viel für die Umwelt beiträgt für ein verständliches Anliegen, hier Wohnraum schaffen zu wollen, weisen jedoch darauf hin, dass hierdurch keine Kaltluftschneise unterbrochen werden dürfe und dass auch Grünflächen und Bäume gepflanzt werden müssten.

DA Gemeinsam, Tierschutzpartei und WGD sehen die Verzögerung der Bebauung sehr kritisch. Gemeinsam fordert zudem Transparenz hinsichtlich der Gründe für dieses „Nichtstun“ und die Tierschutzpartei weist darauf hin, dass allein Schuldzuweisungen nicht gegen die Wohnungsnot helfen.

Die LINKE ist der Auffassung, dass dort schnell Wohnraum entstehen muss, weist jedoch auf die hohen Baupreise und die Zinssituation als eigentlichen Grund für die Verzögerung hin, die sich jedoch durch eine Verstärkung des geförderten Wohnungsbaus entschärfen ließen. Deshalb fordert sie, den Anteil an geförderten Wohnungen auf 70 % hochzusetzen und weisen darauf hin, dass sich eine Ghettoisierung auch allein durch die Mischung aus Sozialwohnungen und Wohnungen für Bezieher mittlerer Einkommen erreichen lasse.

Uffbasse weist auf komplexe Planungs-, Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse als Grund für die Verzögerungen hin, geht aber in jedem Falle von der Notwendigkeit einer Neuplanung im Hinblick auf die absehbaren Konflikte mit den umliegenden Gewerbebetrieben aus und regt deswegen an, über einen Flächentausch mit dem „Parkplatzareal bei der Berufsschule“ nachzudenken, das zudem auch besser an den Bürgerpark angebunden sei.

Die SPD stellt fest, dass Einigkeit darüber bestünde, dass der Platz, so wie er ist nicht bleiben könne und dass von daher auch sie sich für eine möglichst zeitnahe Bebauung einsetze. Nur sei die Art der Bebauung eben zum Symbol der Darmstädter Wachstumsdebatte geworden und müsse dringend nochmals offen diskutiert werden.

Frage 5 zur geplanten Bebauung am Messplatz im Hinblick auf gewerbliche Nutzung:

Mittlerweile gibt es auch Stimmen in der Politik, die hier einen größeren Anteil an gewerblicher Nutzung und eine Neuplanung für das Gelände fordern.

Wie stellen Sie sich zu dieser Frage?

Die Haltung der Parteien:

AfD und WGD befürworten generell ein Mischkonzept aus Wohnen und Gewerbe und beantwortet damit die Frage nicht wirklich.

Die Tierschutzpartei lehnt eine gewerbliche Nutzung ab, da es in diesem Bereich schon genügend Gewerbe gäbe und weist darauf hin, dass das Gelände durch die nahe gelegenen Schulen, die ÖPNV-Anbindung und Einkaufsmöglichkeiten bestens für eine Wohnnutzung geeignet sei.

CDU, FDP, Grüne, Linke und Volt stellen sich hinter die bestehende Planung. Die CDU geht zudem davon aus, dass sich Nutzungskonflikte z. B. wegen Lärmschutz im Rahmen eines „Planfeststellungsverfahrens“ klären lassen. Im Hinblick auf die ebenfalls dringende Entwicklung von Gewerbeflächen sieht sie gute Möglichkeiten im Hinblick auf die Entwicklung des Kuhnwaldgeländes. Grüne und Linke greifen mit Handwerkerhof und Azubi-Wohnheims Vorschläge aus einer kürzlich durchgeführten SPD-Veranstaltung auf, ohne dass sich dieser Vorschlag jedoch in der vorliegenden Planung widerspiegeln würde.

DA Gemeinsam ist offen für eine moderate Erhöhung des Gewerbeanteils, falls dies zur Entstehung eines lebendigen, mischgenutzten Quartiers beiträgt, sehen aber den Schwerpunkt dennoch ganz klar beim Wohnen.

Für Uffbasse muss ein substanzieller Beitrag zur Entlastung des Wohnungsmarktes im Vordergrund stehen, weisen aber auch darauf hin, dass dabei Rahmenbedingungen wie z. B. Nutzungskonflikte zu berücksichtigen sind.

Die SPD hat mit einer kürzlich durchgeführten Veranstaltung die Idee des Handwerkerhofs ins Rennen geworfen. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde im Hinblick auf die schalltechnische Abschirmung der Betriebe in der Nachbarschaft auch die Idee eines begleitenden Azubi-Wohnheims geboren. Dafür geht die SPD jedoch vom Erfordernis einer Neuplanung aus. Dennoch steht auf sie auf dem Standpunkt, dass die Wohnnutzung ein wichtiger Baustein für das Areal sein sollte.

Die Freien Wähler halten unter der Bedingung, dass durch die Bebauung keine Kaltluftschneise unterbrochen wird und dass auch Grünflächen entstehen und Bäume gepflanzt werden, auch eine gewerbliche Nutzung für vorstellbar.

Frage 6 zu unterlassenen Instandhaltungsmaßnahmen durch den Bauverein:

Obwohl der Bauverein seinen Mietern gem. § 535 BGB die Instandhaltung seiner Mietobjekte von Gesetzes wegen schuldet, hat er in den vergangenen Jahren überwiegend Großsanierungen durchgeführt, während er die kleineren Objekte gerade im Martinsviertel zunehmend der Verwahrlosung preisgab.

Wie stellen Sie sich zu dieser Tatsache?

Die Haltung der Parteien:

CDU und Volt bestreiten den Vorwurf der Verwahrlosung und loben die durch den Bauverein durchgeführten Großsanierungen. Volt stimmt aber auch dafür, die Gewinne des Bauvereinsb konsequent in Sanierung und Wohnqualität zu reinvestieren statt sie an den Haushalt abzuführen.

FDP, Grüne und SPD gehen überhaupt nicht auf die gerügten Missstände im Martinsviertel ein. Die Grünen verweisen stattdessen auf umfangreiche Modernisierungen im Rahmen des mit der Stadt vereinbarten, klaren Sanierungsfahrplans und in diesem Zusammenhang auf die Sanierung des Bellevueblockes. Die FDP hält eine erhebliche Steigerung der Sanierungsquote de Bauvereins für wirtschaftlich sinnvoll und auch politisch erwünscht. Die SPD will sich ebenfalls dafür einsetzen, dass Gewinne der Bauverein AG konsequent in die Sanierung des Bestands und in soziale Wohnprojekte reinvestiert werden.

DA Gemeinsam sieht die Behauptung einer unterschiedlichen Behandlung von Groß- und Kleinobjekten durch den Bauverein zwar kritisch, sieht jedoch, falls zutreffend, dass eine gezielte Verwahrlosung inakzeptabel sei, da die Instandhaltungspflicht ohne Ansehen der Objektgröße zu erfüllen sei.

Uffbasse weist einerseits auch auf die schwierigen Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft in den vergangenen Jahren, schränkt aber ein, dass auch diese natürlich nicht zur Vernachlässigung kleinerer Objekte oder einzelner Quartiere führen dürfe. Sollte dies der tatsächlich der Fall sein, sehen sie politischen Gesprächs- und Steuerungsbedarf mit dem Bauverein. Außerdem weisen sie darauf hin, dass viele Mieter auch froh, darüber seien, von Sanierungen und den damit verbundenen Mieterhöhungen verschont zu bleiben.

Auch die Freien Wähler stellen klar, dass die Sanierungen von Großobjekten wie auch von Kleineren im gleichen Maße erfolgen müsse. Ungleichbehandlung dürfe es nicht geben.

Die LINKE meint, dass Mieter*innen vom Bauverein erwarten können, dass die Instandhaltung und die Mängelbeseitigung schnell und nachhaltig erfolgen und dass Sanierungen so behutsam durchgeführt werden, dass die Wohnungen nicht unbezahlbar werden. Diese Erwartungen würden leider oftmals nicht erfüllt. Von daher bietet die LINKE Mietern, die derartige Probleme haben, Unterstützung an.

WGD und Tierschutzpartei teilen die Kritik an der unzureichenden laufenden Instandhaltung vieler Bestandsgebäude und weisen zudem auf den hierdurch verursachten volkswirtschaftlichen Schaden bzw. den Schaden für die Stadt hin. Die Tierschutzpartei weist zudem darauf hin, dass dies zu unhaltbaren Lebensverhältnissen führe und damit die soziale Ungleichheit beflügele.

Die AfD steht auf dem Standpunkt, dass man den Fokus zunächst auf unerlässliche nichtenergetische Sanierungen im gesamten Baubestand legen sollte und geht davon aus, dass über 7.000 der Bauvereinswohnungen verkauft werden müssten, um den verbleibenden Rest klimaneutral sanieren zu können.

Frage 7 zur Wohnungsnot im Hinblick auf die Fokussierung auf Kleinwohnungen:

Wie in allen Ballungsgebieten herrscht auch in Darmstadt große Wohnungsnot, die sich hier insbesondere in einem Mangel an kleinen, kostengünstigen Mietwohnungen und noch mehr in einen Mangel an Sozialwohnungen widerspiegelt. Dies betrifft insbesondere auch das beliebte Martinsviertel. So werden gerade im Martinsviertel große Wohnungen reihenweise an Studenten-WGs vermietet – oft auch mit separater Vermietung einzelner Zimmer, um so mehr Profit aus der Immobilie zu schlagen.

Wie stellen Sie sich angesichts dieser Tatsachen zu dem Vorschlag, den Bauverein politisch dazu zu verpflichten, sich beim Neubau auf die tatsächlich benötigten Kleinwohnungen zu konzentrieren?

Die Haltung der Parteien:

Die AfD und die FDP sind gegen die Priorisierung des Baus von Kleinwohnungen – die AfD, weil wir voll erwerbstätige Fachkräfte bräuchten, die nicht in Kleinwohnungen leben wollten und die FDP, weil in Darmstadt vor allem ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Familien bestehe.

Sowohl die Grünen als auch Volt verweisen darauf, dass die Bauverein AG den Auftrag habe, Wohnraum für alle zu schaffen. Die Grünen behaupten in Ihrer Antwort auf Frage 10 zudem, dass ihnen keine belastbaren Daten dafür vorlägen, dass der Bedarf an Kleinwohnungen höher sei als der an größeren Wohnungen. Volt verengt den Begriff „Kleinwohnung“ auf Mikroappartements und schreibt die Nutzung dieser Wohnungen vorrangig bestimmten Lebensphasen zu.

Die CDU verweist darauf, dass in DA im Vergleich zu anderen Städten die Zahl der geförderten Wohnungen „relativ“ stabil geblieben sei.

Auf den erhöhten Bedarf an Kleinwohnungen geht sie nicht ein, sie sagt, dass für alle Wohnungsneubauten, für die Baurecht zu schaffen sei – soweit rechtlich möglich - auch auf den Bau von „Kleinwohnungen“ geachtet werde.

Die Linken meinen, dass es zwar ein Missverhältnis zwischen der Zahl der Singlehaushalte und der Kleinwohnungen gäbe, dass sich dies jedoch dadurch relativiere, dass auch viele Singlehaushalte und Paare größere Wohnungen belegten und dort auch nicht ausziehen wollten. Zudem hätten auch Familien mit Kindern oft große Probleme passenden Wohnraum zu finden.

Die Freien Wähler sehen, dass es einen erhöhten Bedarf an Kleinwohnungen gibt, halten es aber für schwierig, die Bauverein AG zu irgendetwas zu zwingen, da es sich bei dieser um ein privatwirtschaftliches Unternehmen handle.

DA Gemeinsam, Uffbasse, SPD und WGD gestehen zwar zu, dass der Bedarf an Kleinwohnungen hoch ist, halten es aber dennoch nicht für sinnvoll, den Bauverein primär zum Bau dieser Wohnungen zu verpflichten, da Darmstadt weiterhin auch Wohnungen für Familien, Alleinerziehende mit Kindern und andere gemeinschaftliche Wohnformen benötige. Insofern befürwortet Uffbasse auch eine politische Zielsteuerung über Wohnungsbau-programme, Förderkulissen und Belegungsbindungen im Hinblick auf wirkliche Bedarfsgerechtigkeit. Gemeinsam weist dabei zudem auch auf das Thema der sozialen Durchmischung hin.

Die Tierschutzpartei vertritt die Auffassung, dass der Bauverein bei Neubauten zum Bau von mindestens 50 % geförderten Sozialwohnungen verpflichtet werden müsse mit Schwerpunkt auf Kleinwohnungen für Einpersonenhaushalte, da Wohnen ist ein Grundrecht sei und der Bauverein als kommunales Wohnungsbauunternehmen von daher vorrangig Menschen mit niedrigen Einkommen versorgen müsse und keine Profitmaximierung betreiben dürfe.

Frage 8 zur Wohnungsnot im Hinblick auf die Fehlbelegung:

Eine Teillösung des vorbeschriebenen „Fehlbelegungsproblems“ könnte in der Ermöglichung eines zumindest bauvereinsinternen Wohnungstausches ohne Veränderung des Kündigungsschutzes oder der bestehenden Miethöhen liegen.

Wie stellen Sie sich zu dem Vorschlag, den Bauverein politisch zu einem derartigen Tauschangebot zu verpflichten?

Die Haltung der Parteien:

WGD beantwortet mit der Aussage, dass sich die Wohnungsbaupolitik stärker an den realen Bedarfen ausrichten müsse und dass der Bauverein in dieser Hinsicht auch politisch zu verpflichten wäre, die Frage nicht wirklich.

Die AfD steht auf dem Standpunkt, dass das Konzept des Wohnungstauschs nicht die eigentlichen Probleme nicht lösen könne.

Die Freien Wähler nennen als Grundprinzip derartiger Wohnungstausche die Freiwilligkeit und halten eine Einbeziehung des Kündigungsschutzes in derartigen Vereinbarungen für nicht sinnvoll.

Der genaue Wortlaut aller Antworten der Parteien zu unseren Fragen im Internet - www.bvm-da.de



**BEZIRKSVEREIN MARTINSVIERTEL
und BI PRO BÜRGERPARK**



Verantwortlich: Peter Schmidt, Lauteschlägerstraße 19, 64289 Darmstadt

CDU, Grüne, Linke, SPD, Uffbasse und Volt verweisen darauf dass es ein derartiges Wohnungstauschprogramm beim Bauverein bereits gibt, wobei Linke, Uffbasse und Volt darauf verweisen, dass dieses Programm bisher einfach nicht bekannt genug sei. Als Gründe dafür sieht Uffbasse sowohl die fehlende Bereitschaft älterer Menschen, ihr gewohntes Wohnumfeld aufzugeben als auch die damit ggf. verbundene Erhöhung der Miete. Helfen könnten hier aus ihrer Sicht Beratungsangebote, organisatorische Hilfen oder gegebenenfalls auch finanzielle Anreize. Zudem will sie dieses Problem auch nicht auf den Bauverein verengen und fordert, dass man gesamtgesellschaftlich mehr über gemeinschaftliche Wohnformen, Wohnungswechsel innerhalb von Lebensphasen und eine effizientere Nutzung bestehender Flächen nachdenken müsse.

Die FDP steht dem Konzept eines Wohnungstauschprogramms positiv gegenüber und sieht dies ebenfalls nicht allein auf den Bestand des Bauvereins begrenzt.

Gemeinsam und die Tierschutzpartei machen sich stark für ein wirklich „hürdenfreies“ Wohnungstauschangebot unter Beibehaltung von Miethöhe und Kündigungsschutz und halten dies für ein hocheffektives Instrument.

Frage 9 zur Wohnungsnot im Hinblick auf eine Leerstandssatzung:

Letztes Jahr wurde in Hessen ein Leerstandsgesetz erlassen, das Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt ermächtigt, eine entsprechende Leerstandssatzung zu erlassen. Die Darmstädter Stadtverordnetenversammlung hat jedoch beschlossen, vorerst keine derartige Satzung zu verabschieden, sondern erst einmal nur deren Notwendigkeit zu überprüfen.

Wie stehen Sie zur Verabschiedung einer Leerstandssatzung und deren konsequenter Durchsetzung?

Die Haltung der Parteien:

Sowohl von der AfD als auch von der FDP wird eine derartige Satzung von vornherein abgelehnt mit der Begründung, diese sei überhaupt nicht nötig sei und damit nur ein bürokratisches Monster erschaffen werde.

Grüne, CDU, Volt und SPD haben gemeinsam den auch von Uffbasse und WGD unterstützten Antrag eingebracht, zu prüfen, ob die Verabschiedung einer Leerstandssatzung für Darmstadt Sinn machen würde. Während sich die SPD und Volt von vornherein für diese aussprechen, lehnt die CDU die Satzung im Hinblick auf Aufwand und Nutzen von vornherein ab.

Freie Wähler, DA Gemeinsam, Linke und Tierschutzpartei sind für ein derartiges kommunales Leerstandskataster, wobei Gemeinsam dies dahingehend einschränkt, dass der Erfolg einer derartigen Satzung natürlich immer an den Möglichkeiten der Umsetzung hänge. Die Tierschutzpartei weist darauf hin, dass auch Zwischennutzungen zu fördern seien und bestehende Gebäude sozial, ökologisch und tierfreundlich belebt werden sollten. Freie Wähler und Linke merken zudem an, dass der beschlossene Prüfauftrag von daher auch hätte entfallen können.

Frage 10 zur Wohnungsnot im Hinblick auf die Ausweisung weiterer Einfamilienhausgebiete:

Die zur Verfügung stehenden Platzreserven Darmstadts sind, abgesehen von einigen, noch zur Verfügung stehenden Konversionsflächen, sehr eng begrenzt.

Was halten Sie davon, vor diesem Hintergrund auf zurzeit noch stadteigenen Bauflächen keine weitere Einfamilienhausbebauung mehr zuzulassen?

Die Haltung der Parteien:

AfD und FDP befürworten die weitere Ausweisung von Einfamilienhausausgebieten, während sich die CDU um diese Aussage drückt und ausführt, dass zum jeweils aktuellen Zeitpunkt und unter Bewertung der jeweiligen zur Verfügung stehenden Flächen und des jeweiligen Bedarfs im Sinne der Entwicklung Darmstadts zu entscheiden sei.

Die SPD äußert sich nicht wirklich zu dem Thema, sondern verweist nur darauf, dass sie sich für die Bildung von Wohneigentum und eine stärkere Kooperation mit dem Umland einsetze. Tatsächlich fabuliert OB Hanno Benz aber auch auf städtischen Flächen wie dem Eberstadter Klinikumgelände oder dem Messplatz immer wieder vom Einfamilienhausbau.

Freien Wähler und die Grünen wollen den Bau von Einfamilienhäusern nur noch in Ausnahmefällen vorsehen, wobei die Freien Wähler dabei besonderen Wert auf die ökologische Vertretbarkeit legen. Die Grünen hingegen begründen ihre Haltung damit, dass die Ausweisung von Einfamilienhäusern aufgrund regionalplanerischer Vorgaben nur noch wenigen Grundstücken möglich sei.

Uffbasse schließt neue Einfamilienhausgebiete zwar weitgehend aus, merkt aber an, dass bestehende Quartiersstrukturen, Eigentumsrechte und kleinere Ergänzungsprojekte differenziert zu betrachten seien und dass keine ideologische Verengung stattfinden dürfe.

DA gemeinsam, die LINKE, die Tierschutzpartei, Volt und WGD hingegen lehnen weiteren Einfamilienhausbau auf Grundstücken, bei denen die Stadt durch Eigentum oder Schaffung von Baurecht Einfluss nehmen kann, klar ab.

Frage 11 zur Wohnungsnot im Hinblick auf den sozialen Wohnungsbau:

Nach einem Rückgang des Sozialwohnungsbestandes um 2/3 in den Jahren 1986 bis 2010 hat die Zahl der Sozialwohnungen in Darmstadt in den letzten 15 Jahren wieder um knapp 6 % zugenommen. Das entspricht einem jährlichen Zuwachs von lediglich 0,4 %.

Demgegenüber hat sich jedoch die Zahl der Sozialwohnungsberechtigten seitdem nicht nur durch den Ukrainekrieg, sondern auch durch die immer weiter gehende soziale Spaltung unserer Gesellschaft und die immer weitergehende Mietspirale drastisch erhöht. Die Folge ist, dass die Vermittlungsquote des Wohnungsamtes, die im Jahr 2010 noch bei 22 % lag, mittlerweile wohl bei deutlich unter 5 % liegen dürfte.

Welche Vorschläge haben Sie, um diesem Missstand abzuhelpfen?

Die Haltung der Parteien:

AfD und FDP befürworten die weitere Ausweisung von Einfamilienhausbaugesbieten, während sich die CDU um diese Aussage drückt und ausführt, dass zum jeweils aktuellen Zeitpunkt und unter Bewertung der jeweiligen zur Verfügung stehenden Flächen und des jeweiligen Bedarfs im Sinne der Entwicklung Darmstadts zu entscheiden sei.

Die SPD äußert sich nicht wirklich zu dem Thema, sondern verweist nur darauf, dass sie sich für die Bildung von Wohneigentum und eine stärkere Kooperation mit dem Umland einsetze. Tatsächlich fabuliert OB Hanno Benz aber auch auf städtischen Flächen wie dem Eberstadter Klinikumgelände oder dem Messplatz immer wieder vom Einfamilienhausbau.

Sowohl die Freien Wähler als auch die Grünen wollen den Bau von Einfamilienhäusern nur noch in Ausnahmefällen vorsehen, wobei die Freien Wähler dabei besonderen Wert auf die ökologische Vertretbarkeit legen. Die Grünen hingegen begründen ihre Haltung damit, dass die Ausweisung von Einfamilienhäusern aufgrund regionalplanerischer Vorgaben nur noch wenigen Grundstücken möglich sei.

Uffbasse schließt neue Einfamilienhausgebiete zwar weitgehend aus, merkt aber an, dass bestehende Quartiersstrukturen, Eigentumsrechte und kleinere Ergänzungsprojekte differenziert zu betrachten seien und dass keine ideologische Verengung stattfinden dürfe.

DA Gemeinsam, die LINKE, die Tierschutzpartei, Volt und WGD hingegen lehnen weiteren Einfamilienhausbau auf Grundstücken, bei denen die Stadt durch Eigentum oder Schaffung von Baurecht Einfluss nehmen kann, klar ab.

Frage 12 zur Kinderbetreuung im Martinsviertel im Hinblick auf die Baashalle:

Seit der Schließung des „Maxi“ gibt es im Martinsviertel kein öffentliches Angebot mehr für die Betreuung von Kindern zwischen dem Kindergartenalter und dem Zielgruppenalter des Jugendzentrums in der Pankratiusstraße. Das mittlerweile vom Rope e.V. übernommene Angebot der Baashalle ist durch die seinerzeit versprochenen, aber unterbliebenen Sanierungsmaßnahmen an der Baashalle insbesondere im Hinblick auf die Beheizbarkeit stark eingeschränkt.

Wie stehen Sie dazu, die Sanierung der Baashalle durch eine Änderung der Prioritätensetzungen beim städtischen Immobilienmanagement möglichst zeitnah sicherzustellen?

Die Haltung der Parteien:

Die SPD thematisiert das Erfordernis einer Sanierung der Baashalle überhaupt nicht und verweist stattdessen nur auf andere räumliche Angebote.

Die CDU merkt an, dass die Sanierung der Baashalle zwar wünschenswert und erforderlich sei, behauptet aber, dass diese durch die Auflagen der Kommunalaufsicht bisher einfach nicht möglich gewesen sei. Dennoch sei sie beschlossen und der Baubeginn sei für das Jahr 2028 vorgesehen. Ein Vorziehen der Baashalle gegenüber anderen Projekten erachtet die CDU als nicht möglich.

Auch Volt ist gegen eine Änderung der Priorisierung, da dies angeblich nur dazu führe, dass am Ende gar nichts schnell fertig wird. Zudem gibt sie das Ziel aus, dafür zu sorgen, dass technische Probleme an städtischen Gebäuden grundsätzlich innerhalb von zwei Wochen behoben werden.

Die FDP schreibt nur, dass sie sich für die Sanierung der Baashalle einsetze.

Die AfD spricht sich neben dem Wohnungsbau auch für eine grundsätzliche Priorisierung des Baus von Funktions- bzw. Gemeinschaftsräumen aus.

Die Grünen meinen, dass die Baashalle dringend saniert werden muss und verweisen darauf, dass sie sich hierfür angeblich auch wiederholt eingesetzt hätten.

WGD begrüßt zwar das Engagement des Rope e.V. vertritt jedoch die Auffassung, dass dieses strukturelle Mängel des Gebäudes nicht dauerhaft kompensieren kann und spricht sich von daher dafür aus, die Prioritätensetzungen im städtischen Immobilienmanagement im Hinblick auf die verlässliche Erhaltung und Stärkung bestehender sozialer Infrastruktur und in diesem Sinne auch die Sanierung der Baashalle – insbesondere im Hinblick auf ihre ganzjährige Nutzbarkeit – zeitnah sicherzustellen.

DA Gemeinsam und die Tierschutzpartei wollen sich dafür einsetzen, die Sanierung der Baashalle (insbesondere die Beheizbarkeit) in der Prioritätenliste des städtischen Immobilienmanagements nach oben zu rücken, da Kinder und Jugendarbeit zu den elementaren kommunalen Aufgaben gehören. Die Tierschutzpartei schlägt zudem vor, dass die Stadt ihr Geld lieber in die soziale Infrastruktur wie die Baashalle investieren solle statt in ein 20 Millionen Euro teures, umstrittenes Informationszentrum an der Mathildenhöhe.

